

"Dressierte Bürger" und "deformierte Gesellschaft": Autonomisierung und Responsibilisierung in politischen Sachbüchern

Sutter, Barbara

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sutter, B. (2008). "Dressierte Bürger" und "deformierte Gesellschaft": Autonomisierung und Responsibilisierung in politischen Sachbüchern. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 5089-5096). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-154309>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

»Dressierte Bürger« und »deformierte Gesellschaft«

Autonomisierung und Responsibilisierung in politischen Sachbüchern

Barbara Sutter

Gegenstand dieses Beitrages ist das Genre »Politisches Sachbuch« – ein bisher nur unzureichender Begriff, denn die Veröffentlichungen, um die es im folgenden gehen wird, beschränken sich nicht auf die *Darstellung*, sondern sie zielen vor allem auf die *Herstellung* von Tat-Sachen. Ihre Autoren sind *Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral* (Schmidt 1998), glauben – *Jetzt mal ehrlich* (Krone-Schmalz 1996) – es ist, *Zeit zu handeln* (Wickert 2001), und vor allem *Schluss mit lustig!* (Hahne 2004). Sie erklären uns, *wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen* (Miegel 2003) und *warum wir weniger Staat und mehr Selbstvertrauen brauchen* (Sprenger 2005).

Auch wenn Beschreibungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation den Ausgangspunkt dieser Publikationen bilden, beschränken sie sich nicht darauf – entscheidend ist, dass sie diese Darstellungen als eine Art Diagnose nutzen, auf deren Grundlage sie Therapiemöglichkeiten entwerfen – Therapiemöglichkeiten in Hinblick auf den *Patienten Deutschland* (Bode 2005). Thematisiert werden dabei Globalisierung, die Krise des Sozialstaats usw., adressiert jedoch werden die Einstellungen und Verhaltensweisen der Einzelnen in der gegenwärtigen Situation. Im Fokus der Autoren stehen die Gefühle, der moralische Charakter und die leitenden Wertvorstellungen der Einzelnen – mit einem Wort: ihr Ethos. Dieses – so die hier vertretene These – wird ihnen zum »Medium«, durch das sich die Selbstführung autonomer Individuen mit den Imperativen von *good government* verbinden lässt. Um diese spezifische Konstellation von Selbst- und Herrschaftstechnologien zu fassen, verwendet Nikolas Rose den Begriff »Etho-Politik« (Rose 1999). Ihre Besonderheiten lassen sich vor allem in der Kontrastierung mit anderen Politikformen markieren: Während Politik in der Logik der Disziplinarmacht insbesondere auf die Maximierung der Nützlichkeit und Gefügigkeit von Individuen zielt (Individualisierung und Normalisierung), und Konzepte, die sich auf Bio-Macht stützen, in erster Linie auf die Gesundheit und Wohlergehen der Bevölkerung fokussiert sind (Kollektivierung und Sozialisierung), ist Etho-Politik durch den Versuch gekennzeichnet,

»to act upon conduct by acting upon the forces thought to shape values, beliefs, moralities that themselves are thought to determine the everyday mundane choices that human beings make as to how they lead their lives« (Rose 1999: 477).

Anders als Bio-Politik, die sich auf das Leben im Ganzen im Sinne eines mess- und optimierbaren biologischen Datums einer Gesamtheit von Menschen bezieht, die dadurch als »Bevölkerung« gefasst wird, ist das Objekt der Etho-Politik »life itself, as it is lived in its everyday manifestations« (ebd.).

In einer durch das Konzept der Etho-Politik informierten Perspektive erweisen sich die hier untersuchten Sachbücher als eminent politisch: Die Beschreibung politischer Zusammenhänge ist weitaus mehr als ihr Sujet, vielmehr zielen sie auf die individuelle Lebensführung qua der Behauptung einer Krisis und der Forderung nach einer Katharsis individueller Einstellungen (1.) und verbinden die Diagnose einer Bequemlichkeit der Bürger mit der eines staatlichen »Willens zur Bevormundung« (2.), um schließlich einen spezifischen Gebrauch von Freiheit und die Bereitschaft zu individueller Verantwortungsübernahme als Bedingung von Gesellschaftlichkeit und *good government* zu konstellieren (3.).

1. Krisis und Katharsis

Patient Deutschland – so ein typischer Titel der Gattung, so aber auch der Problemufriss in vielen anderen Publikationen. Durchgehendes Narrativ ist die Beschreibung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation als »krisengeschüttelt«. Dabei ist es weniger der ökonomische Krisenbegriff, der in Anschlag gebracht wird, sondern vor allem die medizinische Verwendung. Eine Entscheidung über Leben oder Tod des Patienten steht an, so der skandalisierende Befund, der die Aufmerksamkeit der Leser erheischt und in eine bestimmte Richtung lenkt: Notwendig ist eine Heilung; Entscheidungs- und Handlungsbedarf stehen an, will man den Patienten nicht verlieren. Aus dem *Abstieg eines Superstars* (Steingart 2005) aus der »ersten Liga« der Industrienationen wird so schnell eine Frage des Überlebens: *Ist Deutschland noch zu retten?* (Sinn 2005).

Deutschland ist grundlegend reformbedürftig, so das Mantra der Autoren: Bisher ergriffene Maßnahmen zum Abbau von Arbeitslosigkeit, zur Optimierung des Bildungssystems, zur Entbürokratisierung des Steuersystems etc. werden als lediglich kosmetische Korrekturen abgetan – an der eigentlichen Misere änderten sie wenig bis gar nichts. Als Gründe für einen Reformstau, gar für eine Reformphobie werden zum einen die Beharrlichkeit der Politiker, ihre Pfründe zu wahren, zum anderen überzogene Erwartungen der Bürger an den Staat identifiziert. Gleichzeitig wird der Ausbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme mit einer Bevormundung und Entmündigung gleichgesetzt, als deren Resultat *Der dressierte Bürger* (Sprenger 2005) betrachtet wird. In der konzertierten Rettungsaktion jedoch, derer *Der Fall Deutschland* (Aust u.a. 2005) bedarf, kommt vor allem den Bürgern eine zentrale Rolle zu.

So gilt der *FAZ* Meinhard Miegels *Die deformierte Gesellschaft* als »(e)in unverzichtbares Buch für jeden, der sich um die Zukunft unseres Landes sorgt«, dem möglichst viele Leser zu wünschen seien; Reinhard K. Sprenger wiederum möchte sein Buch als »Augenöffner« (Sprenger 2005: 7) verstanden wissen, und Gabriele Krone-Schmalz will »diejenigen, die ähnlich denken, ermutigen, das auch zu sagen und womöglich für ihre Ansichten zu kämpfen«, zumindest aber möchte sie »denjenigen, die ein gewisses Unbehagen verspüren, es aber aus verschiedensten Gründen nicht genau zu lokalisieren vermögen, zu Aha-Erlebnissen« verhelfen (Krone-Schmalz 1996: 9).

Damit bedienen sich die Autoren einer besonderen Macht, der

»genuin symbolische(n) Macht, sichtbar und glaubhaft zu machen, die mehr oder minder verworrenen, undeutlichen und unformulierten, ja unformulierbaren Erfahrungen der natürlichen und der sozialen Welt explizit zu machen, ans Tageslicht zu heben – und sie damit existent zu machen« (Bourdieu 1992: 162)

– Bourdieu positioniert diese Macht im intellektuellen Feld.

Lassen sich große Auftritte (kritischer) Intellektueller historisch vor allem in krisenhaften Situationen verorten, so gehört die Behauptung einer tiefgreifenden Krise konstitutiv zu den hier behandelten Texten. Dabei beanspruchen ihre Autoren nicht den Status eines Experten; über den Anspruch hinaus, die mit den Lesern geteilten Erfahrungen artikulieren zu können, verzichten sie weitestgehend auf die Behauptung besonderer Fähigkeiten, und insbesondere auf die Behauptung fachspezifischer Kenntnisse. Sie arbeiten vielmehr – eben ganz in »Manier« des Intellektuellen – mit unspezifischen Normen. Entbehrt ihre Rede einer »sozialen Kompetenzsicherung« (etwa in Form einer distinkten Ausbildung und deren Zertifizierung durch eine entsprechende Prüfung), bauen die Autoren auf eine andere Art der »Bewahrheitung« (Jäger 1999: 9) – eben jenseits fachlicher Kompetenz, sondern aufgrund einer gemeinsam geteilten Wertebasis, deren Erosion sie gleichzeitig konstatieren: Es ist nämlich gerade eine solche Grundlegung, die die Autoren gegenwärtig als in einer Krise begriffen behaupten – hier soll die »Katharsis« einsetzen. Die Individuen, so der stets wiederholte Befund, ermangeln gemeinsamer Werte, bzw. dort, wo Werte herrschen, sind es die falschen. Eine Katharsis ist vor allem in Hinblick auf die individuellen Einstellungen der Leser notwendig – in Hinblick auf die »mentale Ausgangslage« (Sprenger), um einen der Autoren zu zitieren. Insbesondere das Bedürfnis nach Sicherheit gilt den Autoren als Orientierung an einem »falschem« Wert.

2. Bequemlichkeit und Bevormundung

Vor allem die Journalisten unter den Autoren verweisen bei der Beschreibung der »mentalen Ausgangslage« immer wieder auf ihre Erfahrungen im Ausland. Den Anspruch, ein latentes Unbehagen besser als ihre Leser artikulieren zu können, führen sie auf den Vergleich mit dem »Gefühl« und der Einstellung der Bürger anderer Nationen zurück. Gabriele Krone-Schmalz etwa wollte, so schreibt sie, ursprünglich ein weiteres Buch über Russland schreiben, aber

»(...) dann passierte folgendes: Zu einem ganz anderen Thema hat sich nach dem Dampfkesselprinzip so viel in mir aufgestaut, daß es jetzt einfach raus muß. (...) Es geht um Blindheit und Heuchelei, um Larmoyanz und Borniertheit, um Bequemlichkeit und Desinteresse, Verwirrung und Orientierungslosigkeit – kurz, es geht um Deutschland« (Krone-Schmalz 1996: 7).

Dem blanken Entsetzen über die desolote Gemütslage der Deutschen steht die begeisterte Freude über die Lebenslust, Genügsamkeit, Innovationsfähigkeit und Risikobereitschaft der russischen Bevölkerung gegenüber. Ulrich Wickert wiederum schwärmt von ganz ähnlichen Eigenschaften der US-amerikanischen Bevölkerung – wenn auch mit anderer Akzentuierung. Letztlich aber wird in beiden Fällen behauptet, dass die Deutschen vor allem ein Volk von »egoistischen Angsthäsen« und »Bedenkentragern« sind, die sehr viel mehr vom Staat erwarten, als dieser leisten kann.

Und leisten soll – so die Auffassung einer anderen Gruppe von Autoren, die ihren Ausgangspunkt eher in Prinzipien der Unternehmensführung nehmen und beispielsweise behaupten:

»So wie viele Führungskräfte die gelernte Hilfslosigkeit von Mitarbeitern ausbeuten, um sich unersetzlich zu machen, so beuten viele Politiker die behauptete Hilfslosigkeit von Bürgern aus, um ihrem Eigennutz zu dienen.« (Sprenger 2005: 16)

So oder so – ob die Anspruchshaltung der Bürger oder der Herrschaftsanspruch der (institutionalisierten) Politik im Zentrum der Diagnosen steht, zentral ist den Texten die Fokussierung der »mentalen Ausgangslage«, die beides ermögliche und damit die Überwindung der Krise verhindere. Die Möglichkeit von Lösungen wird folgerichtig an eine »Horizontenerweiterung« geknüpft:

»Denn Antworten auf die großen gesellschaftlichen Fragen finden wir nicht bei dieser oder jener Regierung, nicht bei diesen oder jenen Reformen; wir finden sie im Ringen zwischen *staatlicher Steuerung* und *individueller Freiheit*.« (Sprenger 2005: 16)

Die Haltung der Leser, der Bürger, wird vor allem als Effekt des Ausbaus sozialstaatlicher Mechanismen ausgewiesen, der neben der Sicherheit des Einzelnen vor allem seine Unfreiheit gezeitigt habe. Ein »Sicherheits-Container«, »Ketten aus Gold« (Sprenger 1997: 35) und »Wohlfahrtsdrogen« (ebd.: 30) machten den Einzel-

nen unmündig und unfrei; sie führten zu einem »unwürdigen« Dasein. Auch wenn in Rechnung gestellt wird, dass die »Selbsthilfekompetenz« abhängig von der Verfügbarkeit von Ressourcen – »Geld oder andere Formen von Einkommen, frei gestaltbare Lebenszeit, ein Kommunikation und Interaktion förderndes Wohnumfeld, stabile soziale Beziehungen, Gesundheit, Wissen und Fertigkeiten, eine Kultur der sozialen Eigenverantwortung« – abhängig ist, und diese nicht immer nur individuell zu erzeugen sind, bleibt die entscheidende Frage, »wie die Subjektstellung der Bürger gestärkt werden kann, das heißt, unter welchen Bedingungen aus Objekten öffentlicher Betreuung Subjekte selbständiger Lebensführung werden können« (Strasser 2001: 214f.).

3. Freiheit und Verantwortung

Subjekte selbständiger Lebensführung im »Ring« zwischen staatlicher Steuerung und individueller Freiheit weisen sich in erster Linie, darin sind sich alle Autoren einig, durch freiwillige Verantwortungsübernahme aus, aber auch durch Vertrauen und Solidarität. Verantwortliches, vertrauensvolles und solidarisches Handeln wird dabei sowohl als tugendhaftes Handeln konzeptioniert, dessen der Einzelne fähig sei und das die Grundlage einer als notwendig erachteten gemeinsamen Wertebasis bilde, als auch als Bedürfnis autonomer Individuen betrachtet, dessen Befriedigung durch staatliche Reglementierung verunmöglicht wird. Es lassen sich also (mindestens) zwei Argumentationslinien unterscheiden:

a) Mit einem ebenso einfachen wie eingängigen Bild wird die Notwendigkeit gemeinsamer Werte plausibilisiert: Wie bei einem gemeinsamen Spaziergang könne beim »Leben in der modernen Demokratie« das Ziel nur dann erreicht werden, wenn alle »den Weg kennen und die Orientierung nicht verlieren« (Wickert 2001: 33). »Ohne Ethik«, so die Überzeugung, »kann keine demokratische Gesellschaft bestehen« (Wickert 1995: 31). Die Entscheidung, was als »gut oder böse« angesehen wird, müsse in einer demokratischen Gesellschaft vorgesetzlich geregelt sein – dieser Grundsatz wird zu einem Gegenstand der »Erkenntnis der Gesellschaft« (ebd.) wie individueller Einsicht gleichermaßen. Die Notwendigkeit einer solcher vorgesetzlichen Regelung wird aus dem abgeleitet, was als Grundlage demokratischer Gemeinwesen gilt: der prinzipiellen Freiheit der Einzelnen. Individuelle Freiheit nämlich, so der Gedanke, kann ebenso zur Gefahr für das Gemeinwesen werden; permanente Restriktionen jedoch sind zu vermeiden. Das Thema von Freiheit und ihrer Ordnung/Sicherheit wird hier iteriert, der Ordnung das Erfordernis assoziiert, dass die Individuen nicht nur ihre Rechte wahrnehmen, sondern auch ihre Pflichten gegenüber dem Gemeinwesen kennen und ihnen nachkommen. Ohne die Bereit-

schaft zur Pflichterfüllung, so die postulierte Einsicht, sind auch die individuellen Freiheiten gefährdet:

»Wir alle, Bürger und Regierte, haben große Freiheiten. Dank Lebensstandard und Technik haben wir größere Möglichkeiten zu individueller Gestaltung als alle früheren Generationen. Der Katalog unserer Rechte ist lang. Aber wir müssen wissen, daß unsere Möglichkeiten und Chancen verschwinden würden, wenn unsere Gesellschaft in Unordnung geriete. Deshalb sind wir darauf angewiesen, daß jeder seinen Teil zum Gemeinwohl beiträgt, daß jeder seine Pflichten gegen die anderen und gegen das Ganze erfüllt, daß jeder seine Verantwortung wahrnimmt.« (Schmidt 1998: 209)

Insofern individuelle Entscheidungsmöglichkeiten an das Gleichgewicht von Ordnung und Freiheit gebunden werden, machen die Autoren die Balancierung von Ordnung und Freiheit zur individuellen Aufgabe, der aus Einsicht in diesen Zusammenhang nachzukommen ist.

b) Anderen Autoren, die der Freiheit nicht in erster Linie Ordnung, sondern staatlichen Zwang gegenüberstellen, wird Verantwortungsübernahme zur Ressource von Lebenssinn, deren Behinderung durch staatliche Vorsorgemechanismen, wie schon erwähnt, als eine den Einzelnen »entwürdigende Bevormundung« betrachtet wird. Eine staatliche »Rundumversorgung« der Bürger, so etwa Meinhard Miegel, sei derart teuer, dass für individuelle Vorsorgeformen keine finanziellen Mittel bliebe: »Der Sozialstaat hat sie (die Bürger) materiell bis zur Bewegungslosigkeit eingeschnürt.« (Miegel 2003: 272, Herv. d. Autorin) Weitaus schwerer aber wiege die »mentale Einschnürung: Die rundherum vom Staat versorgten Bürger sind vom wichtigsten Bereich der Selbstentfaltung und -findung abgeschnitten« (ebd., Herv. d. Autorin).

Das Leben soweit wie möglich selbst gestalten zu wollen ist für Miegel ein Bedürfnis des »normal entwickelte(n)« Menschen. Das eigene Leben gestalten zu können bedeute nicht nur Wohnung, Automobil, Kleidung, Beruf, Freizeitbeschäftigungen und Urlaubsreisen wählen zu können. Gerade dort aber, »wo die Entscheidungstiefe besonders groß und die Lebensperspektiven unmittelbar berührt sind«, sage

»der Staat: Halt. Hier darfst du nicht mehr wählen. Hier entscheide ausschließlich ich. Angeblich sollen die Menschen dadurch von Verantwortung entlastet werden. Wie wohl das gemeint das ist, sei dahingestellt. Aber es ist nicht wohlgetan. Die Übergänge von verantwortungsfrei zu verantwortungslos und von verantwortungslos zu würdelos sind nämlich fließend. Menschen, die selbst für die Wechselfälle des Lebens ein Stück der Verantwortung tragen, unterscheiden sich von denen, die das nicht tun. Ihre Stellung ist wie die von Erwachsenen zu Kindern.« (Miegel 2003: 237f.)

Eine materielle Grundsicherung, so die Quintessenz Miegels, entwürdigt die Menschen. Das Empfinden von »Freude und Befriedigung« bei Übernahme von Verantwortung – »auch in schwierigen Lebenslagen« – wird hier als Indikator persönlicher Mündigkeit (Miegel 2003: 238) installiert.

Freiwillige Verantwortungsübernahme (in Hinblick auf Solidarität und Vertrauen wird ganz ähnlich argumentiert) wird so zum einen als Tugend bezeichnet, zum anderen als genuin menschliches Bedürfnis ausgewiesen – in beiden Fällen gilt der Einzelne als der Anleitung bedürftig, und in beiden Fällen wird Moral zur entscheidenden Größe: Während die einen mit der Rede von Verantwortung als Tugend die individuelle Moralität zum zentralen Ansatzpunkt machen, verurteilen die anderen mit dem Verweis auf das Wesen des Menschen sozialstaatliche Interventionen als Mechanismen »staatlicher Gängelung« (Sprenger 2005: 158) und somit als moralisch unzulässig. Freiwillige Verantwortungsübernahme erscheint so als Ausweis persönlicher Tugendhaftigkeit oder als Befriedigung eines genuin menschlichen Wesenszugs – in jedem Fall wird die von den Autoren an ihre Leser gestellte Forderung einer entsprechenden Bereitschaft gleichermaßen unabweisbar.

Da Verantwortung, Solidarität und Vertrauen insgesamt nicht nur unmittelbar mit der Qualität, sondern gar mit der Möglichkeit gesellschaftlichen Lebens überhaupt assoziiert werden, wird die Beurteilung individuellen Verhaltens sowie politischer Interventionen entlang der Kategorien gut/böse um die Bewertbarkeit gesellschaftsermöglichend/-schädigend erweitert. In einem weiteren Schritt wird die Einstellung der Einzelnen in Zusammenhang mit der demokratischen Verfasstheit moderner Gesellschaften gebracht – sei es als Voraussetzung oder notwendiger Gegenposition zu deren Staatlichkeit. In beiden Varianten dient die Moralisierung individuellen Verhaltens dazu, die Konzeption eines »guten Bürgers« (Herfried Münkler) zu verwirklichen. Entscheidend ist die Schaffung einer Kontinuität von individuellem Verhalten und der Zukunft des Gemeinwesens – eines Kontaktpunkts des Ethos der Einzelnen und der Prinzipien von *good government* im Sinne etho-politischer Prinzipien.

Nach Niklas Luhmann bezieht sich »(a)lle Moral (...) letztlich auf die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Menschen einander achten bzw. missachten« (Luhmann zitiert nach Jäger 1999: 8) – indem der Diskurs auf die unmittelbare Interaktion der Individuen abhebt, diese zum Ansatzpunkt seiner Präskriptivität macht, enthebt er gesellschaftliche Verhältnisse ihres sozialen Aspekts bzw. re-konzeptioniert den Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft: Das Soziale wird zum Resultat der richtigen Einstellung der Einzelnen; einer Einstellung, die sich in entsprechenden Verhaltensweisen zu äußern hat.

Indem verantwortungsvolles Handeln in den Zusammenhang mit der prinzipiellen Freiheit der Einzelnen gebracht wird, wird zweierlei erreicht: Zum einen gilt Freiheit als Wert, dessen Universalität und Unverzichtbarkeit schwer zu leugnen sind. Die Referenz auf Freiheit zielt darauf, die postulierten Verhaltensweisen mit eben diesen Eigenschaften auszustatten. Zum anderen erlaubt die Spezifizierung von freiheitlichem Handeln als verantwortungsvollem sowie solidarischem und

vertrauensvollem Handeln, das Prinzip der Freiheit in nicht nur sozialverträgliche, sondern geradezu gesellschaftstiftende Handlungsformen zu übersetzen.

Die Wendung der Autoren auf Moralität, mit der sie individuelle Handlungsweisen und staatliche Maßnahmen nicht nur beschreiben und deuten, sondern zum Gegenstand einer moralischen Bewertbarkeit machen, und die Argumente, die für eine solche Orientierung angeführt werden, dienen dazu, aus der Deskription der gegenwärtigen Situation den Anspruch auf Präskription zu ihrer Überwindung werden zu lassen. Da, so die Behauptung, die individuelle Lebensführung alles andere als Privatsache ist, sondern unmittelbar im Zusammenhang mit dem Zusammenleben in der Gesellschaft stehen, ist auch die Entscheidung, den von den Autoren postulierten Prinzipien zu folgen, alles andere als eine private Angelegenheit – auch wenn sie ganz persönlich getroffen werden muss. Das Soziale wird auf diese Weise moralisch gefasst: Gesellschaft wird zur Resultante einer persönlichen Entscheidung der Bürger, entsprechend tugendhaft oder eingedenk ihrer Bedürfnisse zu handeln – eine Entscheidung, die sie freiwillig zu treffen haben, durch deren Ablehnung sie sich jedoch als unfrei erweisen würden.

Literatur

- Aust, Stefan (Hg.) (2005), *Der Fall Deutschland. Abstieg eines Superstars*, München.
- Bollmann, Stefan (Hg.) (2005), *Patient Deutschland, Eine Therapie*, Stuttgart/München.
- Bourdieu, Pierre (1992), »Das intellektuelle Feld: Eine Welt für sich«, in: ders., *Rede und Antwort*, Frankfurt a.M., S. 155–166.
- Fach, Wolfgang (2005), *Die Regierung der Freiheit*, Frankfurt a.M.
- Hahne, Peter (2004), *Schluss mit lustig! Das Ende der Spaßgesellschaft*, Lahr.
- Jäger, Georg (1999), »Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriß«, IASL online, <http://iasl.uni-muenchen.de/discuss/lisforen/download/schrift.pdf> (23. September 2006).
- Krone-Schmalz, Gabriele (1996), *Jetzt mal ehrlich. Ein offenes Wort über Deutschland*, Berlin.
- Miegel, Meinhard (2003), *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*, Berlin.
- Rose, Nikolas (1999), »Inventiveness in Politics«, *Economy and Society*, Jg. 28, H. 3, S. 467–493.
- Schmidt, Helmut (1998), *Auf der Suche nach der öffentlichen Moral. Deutschland vor dem neuen Jahrhundert*, München.
- Strasser, Johano (2001), *Leben oder Überleben. Wider die Zurichtung des Menschen zu einem Element des Marktes*, München/Zürich.
- Sprenger, Reinhard K. (1997), *Die Entscheidung liegt bei Dir! Wege aus der alltäglichen Unzufriedenheit*, Frankfurt a.M./New York.
- Sprenger, Reinhard K. (2005), *Der dressierte Bürger. Warum wir weniger Staat und mehr Selbstvertrauen brauchen*, Frankfurt a.M./New York.
- Steingart, Gabor (2005), *Deutschland. Der Abstieg eines Superstars*, München.
- Sinn, Hans-Werner (2005), *Ist Deutschland noch zu retten?*, Berlin.
- Wickert, Ulrich (2001), *Zeit zu handeln. Den Werten einen Wert geben*, Hamburg.